

Verfassungsscheck für angehende Polizisten

Die Grünen-Fraktion im Landtag plädiert dafür, vor der Einstellung in den Polizeivollzugsdienst die Verfassungstreue zu überprüfen.

Von Reiner Ruf

In den vergangenen Jahren haben mehrfach Berichte über rechtsextreme Chatgruppen bei der Polizei die Öffentlichkeit aufgerüttelt. Oliver Hildenbrand, Vizechef der Grünen-Landtagsfraktion, schlägt deshalb vor, die Polizei demokratiefester zu machen. Sein wichtigster Punkt: Vor der Einstellung in den Polizeidienst soll künftig ein „verdachtsunabhängiges Prüfverfahren“ zum Einsatz kommen – die Regelabfrage beim Verfassungsschutz. Hildenbrand räumt zwar ein: „Das ist kein Allheilmittel.“ Doch als „zusätzlicher Baustein“ im Auswahlverfahren taue der „Verfassungstreuecheck“ durchaus. Die Verantwortung der Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols rechtfertige diese zusätzliche Vorsichtsmaßnahme. „Die Regelabfrage richtet sich nicht gegen die Polizei, sie schützt die Polizei“, sagte Hildenbrand unserer Zeitung.

Dass die Gefahr real ist, zeigt ein Beispiel aus den Jahren 2019 und 2020. Sieben Polizeianwärter der Polizeischule in Lahr (Ortenaukreis) tauschten über mehrere Monate hinweg Texte und Bilder mit fremdenfeindlichen, antisemitischen und frauenfeindlichen Inhalten aus. Es wurden auch verfassungswidrige Kennzeichen verwendet. Die Jungpolizisten wurden aus dem baden-württembergischen Polizeidienst entfernt.

Berichte über rechtsextreme Polizisten und rechtslastiges Gehabe gibt es freilich

immer wieder. Allerdings sind die Sachverhalte schwer nachzuweisen, der Korpsgeist innerhalb der Polizei ist stark ausgeprägt. Von Jahresbeginn 2020 bis Ende 2020 wurden innerhalb der Landespolizei 132 Disziplinarverfahren eingeleitet, die sich gegen Polizistinnen und Polizisten unter Verdacht rechtsextremistischer Gesinnung richteten.

Das Innenministerium reagierte auf den Vorstoß der Grünen reserviert. Eine Regelabfrage sei nicht geplant, sagte ein Sprecher. Er verwies auf die entschiedene Haltung von Innenminister Thomas Strobl (CDU), der streng gegen Rechtsextremismus vorgehe. Man dürfe nicht aus dem Auge verlieren, dass in im Land 24 500 Polizeivollzugsbeamten Dienst täten. Jeder Fall sei einer zu viel, doch die Polizei sei verfassungstreu. In einigen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Bayern gibt es die Regelabfrage.

Der Grünen-Politiker Hildenbrand hat weitere Vorschläge für eine „wertgeleitete Polizeikultur“ vorgelegt. Dazu gehört die Idee, den Diensteid zu erweitern, und zwar mit einer expliziten Ablehnung des Nationalsozialismus. Im Landesdisziplinargesetz soll die Möglichkeit zur „tätigen Reue“ verankert werden. Das wäre eine Art Kronzeugenregelung. Außerdem möge die „Verherrlichung des Nationalsozialismus“ im Disziplinarrecht stets als schweres (und nicht als leichtes oder mittelschweres) Dienstvergehen behandelt werden.

– Erinnerungen an den Radikalenerlass Seite 3